



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 17. Ratssitzung vom 30. September 2026

741. 2026/112

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 11.03.2026:

Gastrobetriebe, Vereinfachung und Liberalisierung der Bewilligungsverfahren sowie Reduzierung der Gebühren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5959/2026): Die SP und die Grünen haben im Februar 2026 ein ähnliches Postulat GR Nr. 2026/208 eingereicht, das aber nur im Umfeld der Pride Erleichterungen für das Gewerbe verlangt. Sie schreiben in der Begründung, der Staatsapparat werde für Kleine zum Problem, es seien zu viele Bewilligungen notwendig. Weiter heisst es, dass kleine und finanziell schwache Betriebe an ihre finanziellen Grenzen stiessen, der administrative Aufwand, den die Stadt den kleinen Unternehmern aufbürde, sei zu gross. Darum verlangen sie eine Erleichterung speziell bei der Pride. Es kann doch nicht sein, dass Sie die ganze Zeit von Gleichberechtigung reden, aber nur wenn es um die Pride geht, soll der überbordende Staat zurückgebunden werden. Alle anderen, die sich nicht in diesem Umfeld bewegen, sind Ihnen egal. Wenn Sie feststellen, dass der Staat übergriffig ist und die Kleinen kaputtmacht, dann ist das nicht nur bei der Pride ein Problem, sondern man muss das Problem grundsätzlich lösen. Darum haben wir das gleiche Postulat eingereicht, das verlangt, dass das Gewerbe entlastet wird. Wir wollen einen weniger übergriffigen Staat, weniger Auflagen, weniger Bewilligungen, weniger Gebühren und weniger Steuern. Der Staat soll die Leute möglichst in Ruhe lassen und sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, die er immer schlechter erfüllt. Wir haben vorher gehört, dass ältere Menschen in den Altersheimen sterben. Wenn Sie in der Stadt herumlaufen, gibt es ganz viele Orte, die schmutzig sind. Abfalleimer im Umfeld von Friedhöfen werden nicht geleert. Es gibt also viele Probleme, weil die Grundaufgaben des Staats nicht richtig erfüllt werden. Wir wollen, dass das Problem generell gelöst wird und nicht nur in Bezug zu Homosexuellen.

Urs Riklin (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 25. März 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Im Rat haben wir schon sehr viel über den «FC Gemeinderat» gehört, vielleicht das eine oder andere Mal zu viel. Es gibt noch einen anderen Club, über den man weniger häufig spricht, der aber auch fest verankert ist und gern in Rot-Blau auftritt: Es ist der «FCB». Der gemeinderätliche «Fanclub Boulevardgastronomie»



hat allein seit dem Jahr 2022 über vierzehn Vorstösse zum Thema Gastronomie eingereicht. Sehr häufig geht es, wie bei dem Film «Und täglich grüsst das Murmeltier», um die Lockerung oder Abschaffung von Auflagen. Und das, obwohl der Stadtrat nach der Pandemie den Leitfaden für die Boulevardgastronomie neu ausgearbeitet und eine grosszügigere Regelung gewährt hat. Nachdem wir letzte Woche über die Einzelinitiative GR Nr. 2026/403 Mehr Gestaltungsfreiheit für die Boulevardgastronomie befunden haben, präsentiere ich Ihnen eine kleine Lobbyvorstoss-Revue, wie es Stefan Urech (SVP) vorher gemacht hat. Dazu gehören die Postulate GR Nr. 2026/129 Temporäre Vereinfachung der Vorschriften für die Boulevardgastronomie in den geplanten Quartierblöcken, GR Nr. 2024/379 Gastronomiebetriebe im Perimeter der Einschränkungen der UCI Rad-WM, Erleichterungen für die Boulevardgastronomie, GR Nr. 2024/356 Versuch zur Etablierung einer zentralen Anlaufstelle für Baubewilligungen von Gastronomiebetrieben, GR Nr. 2024/242 Erweiterung der Aussenbestuhlung für Gastrobetriebe auf Parkplatzflächen direkt vor den Betrieben, GR Nr. 2024/148 Anpassung der Leitlinien für Boulevardgastronomie, Wiederherstellung des früheren attraktiven Zustands mit Aussenraumelementen an der Europaallee, GR Nr. 2024/146 Anpassung der Leitlinien für Boulevardgastronomie betreffend die Zulässigkeit von Beleuchtungen ohne störende Auswirkungen auf die Anwohnerschaft und die Fauna, GR Nr. 2023/474 Lockerung der Bewilligungspraxis für Gastrobetriebe für das Abspielen von Hintergrundmusik und GR Nr. 2022/90 Definitive Erhöhung der Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund. In dieser Periode wurden ausserdem sechs Vorstösse zum Betrieb von Seerestaurants und Verpflegungskiosken eingereicht. Während der Pandemie wurden viele Regellockerungsvorstösse eingereicht. Ich glaube, das Problem der Gastronomiebranche sind nicht die Auflagen und Gebühren der Stadt Zürich. Die wesentlichen Faktoren sind die sehr hohen Mietpreise, die den wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe im Keim ersticken. Ein weiteres Problem ist der Fachkräftemangel aufgrund der tiefen Branchenlöhne. Eine totale Liberalisierung der Gastronomiebranche wollen Zürcherinnen und Zürcher nicht. Eine ständige Gebührensensenkung ist auch keine adäquate Antwort. Darum lehnen wir den Vorstoss der SVP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Stählin (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir sind immer dafür zu überprüfen, wie wir einen Prozess vereinfachen können – ungeachtet der Begründung des Postulats. Wir waren aber in der Vergangenheit auch immer der Meinung, dass es etwas kosten darf, wenn der öffentliche Raum kommerziell beansprucht wird. Ein Blick auf die Formulare und Gebühren der Stadt Zürich im Gastrobereich zeigt keine übermässige Belastung. Darum beantragen wir die folgende Textänderung: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das gesamte Bewilligungsverfahren für Gastrobetriebe dauerhaft vereinfacht und liberalisiert werden kann.» Der zweite Satz beginnend mit «Insbesondere» streichen wir, der dritte Satz «Dieser Lärmschutz für Anwohner muss weiterhin Gewicht haben» bleibt bestehen. Damit könnte man auch Urs Riklin (Grüne) bei den Gebühren entgegenkommen. Sie werden dem wahrscheinlich trotzdem nicht zustimmen. Mit der Textänderung stimmen wir dem Postulat zu, sonst lehnen wir es ab.



Martina Zürcher (FDP): Man könnte noch viele eingereichte Vorstösse aufzählen. Aber solange auf einem Tisch eine echte Teelichtkerze, aber kein LED-Teelicht stehen darf und die maximalen Grössen der Menütafeln vorgeschrieben sind, braucht es meiner Meinung nach alle diese Vorstösse – und auch diesen, darum unterstützt die FDP ihn.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Die Mitte bekennt sich als Mitglied dieses Fanclubs. Wir sind der Meinung, dass es auf jeden Fall Unterstützung braucht und genau dieser Bereich noch ein wenig Liberalisierung vertragen würde. Das ist für uns unbestritten.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Die Grünen haben sich eine Minute lang darüber lustig gemacht, dass wir uns für das Kleingewerbe einsetzen und dass Leute, die vom übergriffigen Staat geplagt werden, eine Stimme bekommen. Aber die Grünen haben genau das gleiche Postulat eingereicht, bei dem es um die Pride ging. Darin reden Sie von zu hohen Bewilligungsauflagen und finanziellen Belastungen durch den Staat, die das Kleingewerbe kaputtmachen. Genau das, was wir immer sagen, haben Sie geschrieben, aber nur auf die Pride bezogen. Das ist doch unglaublich. Sie können nicht immer sagen, es gebe keine Unterscheidung, alle seien gleich, aber gewisse sind dann doch gleicher und alle anderen lassen Sie im Stich. Wir wollen, dass sich der Staat auf seine Grundaufgaben konzentriert und dass die Eigenverantwortung an erster Stelle steht. Wenn jemand ein Geschäft aufbauen will, muss man diese Leute so gut wie möglich unterstützen. Jede kleine Behinderung der Eigeninitiative soll abgebaut werden. Darum nehmen wir die Textänderung an, als Zeichen an den Stadtrat, auch wenn es eine Minderheit ist. Aber die Minderheit, die sich für das Gewerbe einsetzt, ist grösser als diejenige, die nur Partikularinteressen vertritt. Wir behandeln alle gleich.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das gesamte Bewilligungsverfahren für Gastrobetriebe dauerhaft vereinfacht und liberalisiert werden kann. ~~Inbesondere soll geprüft werden, ob Gebühren reduziert oder erlassen werden können.~~ Der Lärmschutz für Anwohner muss weiterhin Gewicht haben.

Das geänderte Postulat wird mit 93 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat